

Analyse

Karl-Theodor zu Guttenberg Der gefallene Engel der deutschen Politik arbeitet für eine amerikanische Denkfabrik. *Von Martin Halter*

Vom Abschreiber zum Vordenker

Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg hat nicht nur zehn Vornamen, sondern auch mindestens ebenso viele Ehrentitel. In seinen goldenen Zeiten, als seine phänomenalen Beliebtheitswerte ihn zum deutschen Kennedy und kommenden Kanzler machten, wählte ihn das PR-Fachblatt «Politik und Kommunikation» zum Politiker des Jahres, «Focus» zum Mann des Jahres, die «Deutsche Sprachwelt» zum Sprachwahrer des Jahres und «Men's Health» zum «bestangezogenen Deutschen». Ausserdem war er «Grünkohlkönig» in Oldenburg und «Goldene Kartoffel» in Rehau, und sein «Mut zum Widerstand und sein akrobatisches Querdenken» adelten ihn im Aachener Karneval zum Ritter des Ordens wider den tierischen Ernst.

Seinen Dokortitel musste der Tausendsassa, der Platon im Original las und bei Konzerten von AC/DC und Bon Jovi «bella figura» machte,



allerdings zurückgeben, nachdem er beim Abschreiben ertappt worden war. Seit dem unrühmlichen Abgang muss der einstige Liebling der Nation mit Schmäh Titeln wie «Lügenbaron», «Blender» und «gelackter Schwindler» leben. Die CSU hält ihrem einstigen Hoffnungsträger die Treue. Ausserhalb Bayerns gilt der Prophet nicht mehr viel, jenseits des Atlantiks aber immer noch als «hervorragender Staatsmann». Jetzt hat das Center for Strategic and International Studies (CSIS) zu Guttenberg zum «Distinguished Statesman» ernannt und einen – unbezahlten – Beraterposten verschafft. Seine «Energie, Enthusiasmus und tiefe Hingabe», so die Denkfabrik, qualifizierten den Freiherrn zum Vordenker transatlantischer Partnerschaft.

Nicht zum ersten Mal wird ein konservativer Think-Tank – im Vorstand der CSIS sitzen Republikaner

wie Henry Kissinger, aber auch Investmentbanker – zum Auffangbecken für abgehalfterte deutsche Politiker. So bereitete sich der heutige Grünenchef Cem Özdemir nach seiner Bonusmeilenaffäre in einer von dem US-Milliardär George Soros gesponserter Denkfabrik auf höhere Aufgaben vor; sein Parteifreund Joschka Fischer wurde sogar als Professor nach Princeton berufen. Wenn es die Aufgabe von Denkfabriken ist, Versatzstücke politischen Wissens und alte Beziehungen politisch nutzbar zu machen, ist Guttenberg zweifellos der richtige Mann. Er hat schon in und mit seiner Doktorarbeit gezeigt, wie man kreativ und aristokratisch-nonchalant mit fremden Federn umgeht. Dass Guttenberg nun ausdrücklich für die «bedeutendste strukturelle Bundeswehrreform seit 1955» in die USA berufen wird, überrascht freilich ein wenig. Immerhin hat er als Verteidi-

gungsminister seinem Nachfolger Thomas de Mazière eher einen Scherbenhaufen hinterlassen.

Seit Juli verbringt Guttenberg ein «Sabbatjahr» in einer Villa in Connecticut, wo er dem Vernehmen nach erst einmal Busse tun und ein Buch schreiben will. In der Bildzeitung, für die er zuletzt als Leserreporter bei den 9/11-Feiern in New York tätig war, liess seine glamouröse Gattin Stephanie wissen: «Wir wandern nicht aus. Wir kommen zurück.» Aber Guttenberg deutete schon auf dem Gipfel seines Ruhms an, er habe keine «Lust zum Klammern»; er wolle «andere Brücken bauen». Ob ihn die transatlantische Brücke in die Politik zurückführt, hängt auch davon ab, ob die Staatsanwaltschaft Hof Anklage wegen Betrugs erhebt. Notfalls kann er auch den Schwarzenegger machen und in seiner neuen Wahlheimat nach höheren Ämtern greifen.

Atomausstieg Ein Ratsbeschluss ohne griffige Massnahmen. *Von Martin Läubli*

Die verpasste Chance

Der Atomausstieg ist beschlossen. Von National- und Ständerat. Für manche Bürgerliche war er nach der Katastrophe in Fukushima eine «Zwängerei» des Bundesrates. Die Aufregung um den schrecklichen Atomunfall ist inzwischen gewichen, geblieben ist aber die ehrgeizige Zielsetzung, den Strom von drei in die Jahre gekommenen Atomkraftwerken in relativ kurzer Zeit zu ersetzen.

Ambitionen verleihen für gewöhnlich Flügel. Und in den Beschlüssen des Ständerates in den letzten Tagen könnte man eine Aufbruchstimmung erkennen: So will er wie der Nationalrat mehr Geld für erneuerbare Energien zur Verfügung stellen, die Wasserkraft ausbauen und den Wettbewerb für effiziente Technologien fördern. Das alles bringt uns ein Stück weiter auf dem Pfad zur Energiewende, unterstützt das inländische Gewerbe, schafft Arbeitsplätze und bringt neue Innovationen hervor.

Warum bleibt dennoch ein ungutes Gefühl? Der Atomausstieg braucht griffige und effektive Massnahmen. Neue Energiequellen wie Sonnenkraft und Biomasse sind das eine. Doch der Erfolg dieser Anstrengungen wird massiv geschmälert, wenn nicht schon bald in grossem Massstab Strom eingespart wird.

Der Ständerat hätte diese Woche einen grossen Beitrag leisten können. Mit einem Verbot der rund 250 000 ineffizienten Elektroheizungen in den nächsten 15 Jahren könnte der Stromverbrauch des AKW Mühleberg eingespart werden. Das hat das Bundesamt für Energie bereits vor drei Jahren vorgerechnet. Der Nationalrat hatte dies eingesehen und die entsprechende Motion gutgeheissen. Der Ständerat aber sah wohl einen Eingriff ins föderalistische System, sind doch für Massnahmen bei Gebäuden die Kantone zuständig. Das tut Ständevertretern weh.

Ein schneller Vollzug schweizweit lässt sich in diesem Fall aber nur über schweizerische Gesetzgebung durchsetzen. Ein gutes Beispiel sind die sauberen Feuerungen. Aufgrund der Schweizerischen Luftreinhalteverordnung erneuerten Gebäudeeigentümer in den Neunzigerjahren innert kurzer Frist ihre Öl- und Gasheizungen. Und das, obwohl beträchtliche Investitionen erforderlich waren.

Roman Polanski Die Solidarität mit dem vor zwei Jahren Verhafteten ist bizarr. *Von Bettina Weber*

Die Scheinheiligkeit der Kulturszene

Es befremdete schon vor zwei Jahren, wie gewisse Kreise auf die Verhaftung von Roman Polanski am Flughafen Zürich reagierten. Cinephile und Kulturschaffende demonstrierten vor dem Zürcher Kino Corso mit «Free Polanski»-Plakaten und zeigten sich entrüstet über die Schweizer Justiz.

Wer es hatte wissen wollen, wusste zwar damals schon, welche Gründe zur Festnahme geführt hatten. Aber als Erinnerungshilfe wurde der Fall daraufhin in den Medien detailliert nacherzählt: Polanski hatte 1977 in Los Angeles die 13-jährige Samantha Geimer anal und vaginal vergewaltigt. Aufgrund eines juristischen Deals musste er sich einer Therapie unterziehen und dafür bloss für 90 Tage ins Gefängnis, nach 42 Tagen wurde er vorzeitig entlassen. Einem zweiten Prozess entzog er sich durch Flucht ins Ausland, es wurde ein internationaler Haftbefehl erlassen. Das sind die Fakten.

Nun ist der Filmemacher nach Zürich zurückgekehrt, um den Preis des Zurich Film Festival abzuholen, der ihm vor zwei Jahren nicht übereicht werden konnte (TA vom Mittwoch). Und das Befremden ist noch grösser. Polanski wird gefeiert wie ein Held. Das Festival, dessen Gäste und die Kulturschaffenden benehmen sich, wie wenn der Regisseur aufgrund eines Justizirrtums in Haft gesetzt worden wäre. Wie wenn sich die Schweiz entschuldigen müsste, dass einem Weltstar in unserem Land derartiges Unrecht widerfahren ist.

Polanski hat sich anlässlich der Preisübergabe am Dienstagabend bedankt für die gute Behandlung im Gefängnis, das anwesende Publikum hat gelacht und war gerührt angesichts von so viel Tapferkeit. In der TV-Sendung «Glanz & Gloria» sprach Roger Schawinski von einem «Happy End» – «Happy End» für wen? Für Samantha Geimer, die zwar heute eine Strafverfolgung Polanskis ablehnt, aber auch einst sagte: «Die Tat hat die nächsten zwanzig Jahre meines Lebens verdunkelt»? Ebenfalls in «Glanz & Gloria» bringt Schauspieler Pasquale Aleardi auf den Punkt, wie die Kulturszene zu Polanski steht: «Er ist ein grossartiger Regisseur, was er privat macht, interessiert mich nicht.»

Es mutet seltsam an, wenn dieselbe Szene, die sich sonst gerne feinsinnig und sensibel gibt und überhaupt schnell mit der Moralkеule bereitsteht, von einer «Privatangelegenheit» spricht und jede Reflexion vermissen lässt. Es geht weder um einen Seitensprung noch um eine Kampfscheidung. Es geht um ein Verbrechen – das aber offenbar weniger gravierend zu sein scheint, wenn es sich beim Täter um einen anerkannten Künstler handelt. Wäre die Solidarität mit Carl Hirschmann auch so gross gewesen, wenn der nicht Ex-Clubbesitzer wäre, sondern ein international gefeierter Autor?

Die Zürcher Ergriffenheit wirkt unangebracht und peinlich. Es gibt in diesem Fall nur ein Opfer. Und das heisst nicht Roman Polanski.



Roman Polanski wird in Zürich für sein Lebenswerk geehrt. Foto: Dominique Meienberg

Militär Wie die Armeefreunde in Bundesbern die Fäden ziehen. *Von Christian Brönnimann, Bern*

Der verlängerte Arm der Rüstungslobby

Dass im Bundeshaus für die verschiedensten Interessen lobbyiert wird, ist nichts Aussergewöhnliches. Es gehört genauso zum politischen Geschäft wie die Kritik, dass mit lukrativen Mandaten Parlamentarier geködert würden und Meinungen gekauft. Zu denken gibt aber, dass die Arme einer Lobbyorganisation, die einen Kampfetyp vermarktet, bis in ein Beratungsgremium der obersten Armeeführung hineinreichen. Der TA hat vorgestern aufgezeigt, dass genau dies beim ominösen Beirat «Weiterentwicklung der Armee» der Fall ist. Über die Arbeitsweise und die Zusammensetzung des Gremiums ist kaum etwas bekannt. Protokolle werden keine geführt; Sitzungsrhythmus, Dokumente, Ansichten und Äusserungen werden «ausschliesslich intern» gehandelt. Die Namen der 17 Beiräte sind geheim. Das VBS beantwortet nicht einmal die Frage, wie es die Unabhängigkeit der Mitglieder sicherstellt.

Bekannt sind hingegen Geschichte und Ausrichtung der Agentur Farner. Die bürgerliche PR-Firma setzt sich seit Jahrzehnten für militärische Interessen ein. Die Agentur war an der Gründung verschiedener armeenaher Organisationen beteiligt, die sie auch heute noch führt. Zwei dieser Organisationen – die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee und der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft – sind im Arme-Beirat vertreten.

Zudem verfügt Farner über ein Mandat des französischen Rafale-Konsortiums zur Vermarktung dessen Kampffjets. Die Rafale ist eines der drei Flugzeuge, die der Bundesrat für den Tiger-Teilersatz ins Auge gefasst hat.

Auch im Parlament vernetzt Meinungsmache ist das Geschäft jeder PR-Agentur, nicht alle sind aber so gut vernetzt wie Farner. Auch im Parlament kann das Unternehmen auf Rückhalt zählen. Offensichtlich wird die Verbindung über eine weitere von Farner geführte Organisation, den Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (ASUW). Die Gruppierung wird präsidiert von CVP-Ständerat Bruno Frick und FDP-Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet. Über 30 weitere Parlamentarier sind ASUW-Mitglieder. ASUW-Präsident Frick steht exemplarisch für die Armeefreunde. Ein Blick auf sein erfolgreiches Wirken in dieser Session zeigt, wie die Fäden

gezogen werden. Als Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission (SIK) des Ständerats war er Architekt des Handstreichs, mit dem das Parlament das Armeebudget massiv erhöhte – und den vorgezogenen Kauf von neuen Kampffjets beschloss.

Durchsichtiges Manöver Wer sich die Voten von Frick in den Beratungsrunden genau angehört hat, konnte bereits im Vornherein ahnen, wie das Manöver ausgeht. Vergangene Woche beteuerte Frick, die SIK wolle vom VBS genau wissen, wie eine Finanzierung der Kampffjets über das ordentliche Armeebudget möglich sei, ohne dass die übrigen Armeeteile zu fest bluten müssen. Das Einschnwenken auf eine solche Finanzierungsform war die Bedingung für die rasche Abwicklung des Geschäfts. Gleichzeitig sagte Frick: «Das Eisen ist warm, wir sind auf dem Weg, die Sache abzuschliessen.» Und siehe da: Am Dienstag, nur fünf Tage später, war auf einmal alles klar. Nun war die SIK überzeugt, dass die Jets aus dem ordentlichen Budget finanziert werden können. Insider berichten aber, dass sich an der Informationsbasis der Kommission innert Wochenfrist gar nichts Substanzielles verändert habe.

Nicht immer die volle Wahrheit Frick nahm es nicht immer so genau mit den Fakten. Er erklärte vor seinen Ratskollegen mehrmals, ein Teil der Mittel für die Kampffjets könne aus Kreditresten früherer Jahre entnommen werden. Im jüngsten Papier, das der Bundesrat in die SIK gebracht hat, steht aber Schwarz auf Weiss: «Eine Kompensation durch Kreditreste früherer Jahre ist aufgrund Vorgaben der Schuldenbremse und der angespannten Haushaltslage nicht möglich.» Zudem verkündete Frick, dass trotz der Zusatzmilliarden für die Armee in anderen Bereichen nicht mit Abstrichen zu rechnen sei. Dies steht im Widerspruch zu Aussagen von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die auf Radio DRS vor Sparmassnahmen warnte. Widmer-Schlumpf stand zuvor auch der SIK Rede und Antwort in dieser Sache, Frick wusste also von ihrer Einschätzung. Auf Farner angesprochen sagt Bruno Frick, er führe keinerlei Beziehungen zur PR-Agentur und habe nicht einmal gewusst, dass Farner für das Rafale-Konsortium arbeite.